

Abschlussbericht

(01.06.2000 - 17.01.2004)

Forschungsprojekt

Die Politische Steuerung der ökonomischen Transformation mittel- und ost-europäischer Länder und die Bedingungen institutionellen Lernens

gefördert durch zwei Sachbeihilfen der Deutschen Forschungsgemeinschaft

(Gz. WI 1875/1-1 für den Zeitraum 01.06.2000 – 31.05.2002,

Gz. WI 1875/1-2 für den Zeitraum 01.06.2002 – 17.01.2004.)

Projektleitung:

Prof. Dr. Helmut Wiesenthal

Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät III,

Institut für Sozialwissenschaften

Berlin, im Januar 2004

Zusammenfassung

Das Forschungsprojekt untersuchte den Einfluss politischer Institutionen und Akteurskonstellationen auf die Qualität und Rationalität tiefgreifender (holistischer) Wirtschaftsreformen in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas. Im Vordergrund standen drei Probleme einer effektiven Transformationssteuerung: (1) die Bedeutung einer starken Exekutive, (2) die Zeitabhängigkeit ausgewählter Reformmaßnahmen und (3) die Relevanz von innovativen respektive imitativen Varianten der Institutionengründung bzw. Policywahl. Anhand dieser (als ‚unabhängig‘ definierten) Variablen wurden drei Hypothesensets formuliert.

(1) Gemäß dem ersten Hypothesenset wurden frühe und kontinuierliche Maßnahmen der fiskalischen Stabilisierung mit Rekurs auf eine durch „tripartistische“ Verhandlungen verbreiterte Entscheidungsbasis der Exekutive zu erklären versucht. Im Ergebnis wurde ein positiver, wenngleich nicht linearer Zusammenhang zwischen Phänomenen des Tripartismus und erfolgreichen Mustern der makroökonomischen Stabilisierung festgestellt. Die Institution des Tripartismus zeigte sich als zur Integration der Sozialpartner in das neue politische System geeignet, aber erwies sich als nur eine von mehreren alternativen Maßnahmen der Legitimitätsbeschaffung unter erhöhtem Legitimitätsdruck. Die Vermutung einer hohen Zeitabhängigkeit von Reformenerfolgen hat sich bestätigt: Bei Nutzung des umbruchsbedingten „window of opportunity“ ergaben sich signifikant höhere Erfolgchancen als im Falle nachholender Reformen. Die Durchsetzbarkeit späterer Reformen profitierte dagegen eher von einer Beschränkung der Exekutivmacht.

(2) Im zweiten Hypothesenset wurde das Politikmuster erfolgreicher Reformen in Beziehung zu dem Zeitpunkt ihrer Auslösung und dem Zeitbedarf ihrer Durchführung gesetzt. Als unabhängige Variablen fungierten Policy-Aspekte der Privatisierung von Staatsunternehmen. Untersucht wurde ihre Eignung zur Erklärung des relativen Transformationserfolgs, der anhand von Daten empirischer Surveys und volkswirtschaftlichen Performanzindikatoren bestimmt wurde. Neben den – bereits von anderen Studien bestätigten – positiven Effizienzeffekten eines Übergangs der Eigentümerschaft auf Outsider zeigte sich, dass auch der Grad der Organisation und Institutionalisierung des Reformprozess von deutlichem Einfluss auf Verlauf und Ergebnisse der Privatisierung war. Erfolgreich waren insbesondere Länder, in denen Entscheidungskompetenzen zentralisiert waren, die Regierung kontinuierliche Strategien verfolgte, Unternehmen bereits vor ihrer Restrukturierung privatisiert wurden und die Vetomacht der Insider (Beschäftigte und Manager) begrenzt blieb.

(3) Auf der Basis eines dritten Hypothesensets wurde untersucht, ob und inwieweit die Reform der Sozialversicherungssysteme von politisch-institutionellen Beschränkungen der Exekutivmacht profitiert oder behindert war. Untersucht wurde der Einfluss von Veto-Spielern und des Modus der Entscheidungsfindung auf die Reformaktivität der Regierung. Dabei zeigte sich, dass Regierungen dann zu strukturellen Innovationen in der Lage waren, wenn sie potentielle Veto-Spieler einzubinden und inklusive Entscheidungsprozesse – sei es durch Beteiligung der Gewerkschaften in einem tripartistischen Rat oder durch geschickte Steuerung des Abstimmungsmodus in Kabinett und Parlament – zu organisieren verstanden. Wo es nicht gelang, Veto-Spieler von der Notwendigkeit eines Systemwechsels schon im vorparlamentarischen Raum zu überzeugen, kamen überwiegend struktur-konservative Reformen zu Stande. Unterschiede des Sozialstaatsdesigns sind folglich auch ungleichen Steuerungskompetenzen der Regierung geschuldet.

1. Fragestellung und Erkenntnisinteresse des Projektes

Angesichts der in Mittel- und Osteuropa beobachteten Reformenerfolge bestand das übergeordnete Ziel des Projekts in theoriefähigen Erkenntnisgewinnen über erfolgreiche Modi der politischen Steuerung. Vor dem Hintergrund weit verbreiteter Skepsis über die Erfolgchancen umfassender und tiefgreifender (holistischer) Reformen, zielten die Untersuchungen auf differenzierte Informationen über die spezifischen Bedingungen, unter denen sich hochgesteckte Ziele realisieren ließen. Trotz noch bestehender Defizite beweisen die positive Entwicklung der wirtschaftlichen Makrodaten, die zunehmende Konsolidierung der politischen Institutionen sowie die Professionalisierung des politischen Personals in den Transformationsstaaten, dass anspruchsvolle Reformprojekte selbst unter ungünstigen Ausgangsbedingungen gelingen können.

Zur Aufklärung über die Bedingungen der Möglichkeit erfolgreicher Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa waren daher insbesondere die Handlungs- bzw. Entscheidungsfähigkeit der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure sowie die Qualität der erzielten Politikergebnisse zu untersuchen. So ließen sich zwar nicht alle, aber zweifellos eine wichtige Teilmenge der erfolgsentscheidenden Bedingungen erfolgreicher Reformmaßnahmen ermitteln sowie akteurs- und entscheidungstheoretische Erkenntnisse über die Herstellung und Durchsetzung politischer Entscheidungen vertiefen und im Hinblick auf spezifische Erfolgsvoraussetzungen präzisieren.

In den drei Teilfragestellungen des Projekts ging es v.a. darum, den Einfluss politischer Institutionen und Akteurskonstellationen auf die Wirtschaftsreformen, die Wirtschaftsentwicklung und die Feinabstimmung ökonomisch wirksamer Institutionen zu ermitteln. Bezugspunkt des Projektdesigns waren kontrovers diskutierte Annahmen über Voraussetzungen und Erfolgsbedingungen umfassender Reformvorhaben. Um genaueren Aufschluss über die empirisch wirksamen Faktoren zu erlangen, wurden drei Hypothesensets formuliert, die im Zuge der Projektarbeit operationalisiert und systematischen Tests unterzogen wurden.

Hypothesenset Nr. 1. Angesichts des Umfangs der Reformen versprechen politische Systeme mit einer starken Exekutivmacht besonders vorteilhaft zu sein, da sie weniger anfällig für politischen Druck sozioökonomischer Partikularinteressen sind. Aus entgegengesetzter Perspektive betrachtet, könnte es für umfassende Transformationsprozesse vorteilhaft sein, gesellschaftliche Gruppen an der Entscheidungsfindung zu beteiligen, um Fehlentwicklungen zu vermeiden und den Reformergebnissen mehr Legitimität zu verleihen. Im Hinblick auf den optimalen Zeitpunkt von Reformen ist zu fragen, ob es ein spezielles „window of opportunity“ gab oder auch spätere Reformen performanzverbessernd wirkten sowie, ob dabei das Ausmaß von Handlungsbeschränkungen der Exekutive eine Rolle spielte.

Hypothesenset Nr. 2. Wird zwischen nachahmenden (imitativen) und kontextangepassten (innovativen) Reformen unterschieden, so mögen erstere in Situationen hoher Unsicherheit insofern als leichter implementierbar erscheinen, weil auf anderenorts gemachte Erfahrungen zurückgegriffen werden kann. Umgekehrt mögen innovative Reformen eine größere Erfolgchance haben, wenn eine Policy-Imitation die flexible Anpassung an situative und länderspezifische Gegebenheiten erschwert oder es an Informationen für die adäquate Umsetzung externer Musterlösungen mangelt. Wird auch hier die Zeitdimension berücksichtigt, so geht es um Aussagen über den optimalen Zeitpunkt für erfolgreiche imitative respektive innovative Strategien.

Hypothesenset Nr. 3. Zu den Erfolgsbedingungen von Reformmaßnahmen zählt insbesondere der Handlungsspielraum der Exekutive. Klärungsbedürftig ist, ob imitative und innovative Stra-

Strategien in unterschiedlichem Maße von einer Einbindung von Interessengruppen bzw. einer verbreiterten (inkluisiven) Entscheidungsgrundlage profitieren. Oder hat eine institutionell wenig beschränkt, d.h. autonom und exklusiv operierende Exekutive günstigere Voraussetzungen, Reformen der einen oder anderen Art zu realisieren? Die Einbeziehung des Entstehungskontexts von Reformkonzepten verspricht also, über den komparativen Nutzen genereller respektive spezifischer Reformempfehlungen aufzuklären.

2. Operationalisierung der Fragestellung und methodische Vorgehensweise

Die drei Hypothesensets thematisieren die aufgrund des Forschungsstandes erwarteten Variablenzusammenhänge und stellen heuristische Schemata dar, die der weiteren Präzisierung bedurften. Insbesondere waren die abhängigen und unabhängigen Variablen zu spezifizieren und im Hinblick auf die zu untersuchenden Akteure, Institutionen und Politikfelder zu operationalisieren.

Als unabhängige Variablen fungierten, der jeweiligen Fragestellung entsprechend, Strukturmerkmale des politischen Institutionensystems, des Regierungssystems sowie des Systems der gesellschaftlichen Interessenrepräsentation. Makroökonomische Aggregatdaten (BSP, Privatisierungsgrad, Beschäftigungsquoten etc.) sowie ausgewählte politische Entscheidungen (policies) und deren Auswirkungen auf die (mikroökonomischen) Voraussetzungen wirtschaftlicher Prosperität (Privatisierungsverfahren, Eigentumsstruktur, etc.) bildeten die abhängigen Variablen. Die Daten entstammten im Wesentlichen allen 13 Reformländern, deren Transformation nicht nachhaltig durch kriegerische Konflikte beeinträchtigt wurde.

Aufgrund von Hindernissen bei der Beschaffung von wichtigen, gemäß dem ursprünglichen Forschungskonzept benötigten quantitativen Daten, wurden die im Projektantrag beschriebenen abhängigen und unabhängigen Variablen – unter Beibehaltung der maßgeblichen Fragestellungen – modifiziert. So litten Regressionsanalysen des Zusammenhangs zwischen dem Handlungsspielraum der Exekutive (anhand konstitutioneller Vetopunkte) und der Wirtschaftsentwicklung (anhand mehrerer Aggregatdaten) unter dem Umstand einer ungenügenden Datenvarianz der unabhängigen Variablen (konstitutioneller Handlungsspielraum der Exekutive) in den letzten zehn Jahren. Auch entzogen sich weitere intervenierende (Kontroll-) Variablen einer Quantifizierung. Die geplanten und zunächst vorgenommenen Zeitreihen-Analysen wurden deshalb zugunsten qualitativer Daten und der ihnen entsprechenden Auswertungsverfahren aufgegeben. Außerdem hatten sich bei der Erfassung von Variablenwerten anhand der analysierten Sekundärliteratur Hinweise auf eine kausal nicht eindeutig zu identifizierende Varianz der Wirkungsweise politischer Institutionen in den ersten Jahren der Transformation ergeben. Weitere Schwierigkeiten erwuchsen aus der defizitären Datenlage bei den ökonomischen Variablen einiger Länder.

Folglich entschloss sich das Projektteam, an die Stelle der sich als undurchführbar erweisenden quantitativen Tests eine typisierende und kategorial vergleichende „qualitative“ Vorgehensweise zu wählen. Neben der Auswertung von makroökonomischen Daten, der umfangreichen Sekundärliteratur und Informationsmaterial der Akteure selbst wurde in größerem Umfang auf die durch Experten-Interviews erhältlichen Informationen zurück gegriffen. Zur Bearbeitung des ersten Hypothesensets erfolgten im Mai 2001 vier ca. je einwöchige Reisen in die Slowakei, nach Slowenien, Estland und Bulgarien. Der Forschungsstand zur gewählten Fragestellung ließ

insbesondere bei diesen Ländern stark zu wünschen übrig. Es wurden ca. 12 Gespräche pro Land mit Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Handelskammern, Wirtschaftsforschungsinstituten sowie mit Experten in Ministerien und Wissenschaftseinrichtungen geführt. Im Zuge der Bearbeitung des zweiten und dritten Hypothesensets wurden im Mai 2003 wiederum mehrtätige Reisen zur weiteren Informationsgewinnung nach Estland (nur für das zweite Hypothesenset), Lettland und Litauen (für beide Hypothesensets) unternommen. Pro Land und Thema wurden 7 bis 10 Interviews mit dem o.a. Personenkreis geführt. Alle Gespräche wurden transkribiert und dokumentiert.

3. Die Forschungsergebnisse

Hypothesenset Nr. 1 (bearbeitet im Zeitraum vom 1.6.2000 bis 31.12.2001).

Das erste Hypothesenset thematisiert den Einfluss des Handlungsspielraums der Exekutive auf den Fortschritt der Wirtschaftstransformation in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Reformen. Mit dem Wechsel zu einer qualitativen Untersuchungsmethode wurde die Fragestellung im Hinblick auf ein in allen Transformationsländern zu bearbeitendes Steuerungsproblem präzisiert. Ausgehend von der Beobachtung, dass das so genannte Dilemma der Gleichzeitigkeit politischer und ökonomischer Reformen in der Praxis nicht zu der erwarteten Reformblockade führte, galt es, den konfliktentschärfenden Einfluss jener (neo-)korporatistischen Arrangements zu studieren, die in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern als Handlungsbeschränkung der Exekutive bzw. als Konfliktprävention im Verhältnis von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden wirkten. Es galt also, die Perspektive auf die Policy-Wirkung korporatistischer Gremien zu richten. Als hinreichend brisanter Policy-Bereich wurden die Maßnahmen der fiskalischen Stabilisierung gewählt, einerseits weil sich deren relativ frühzeitiger Einsatz als ausschlaggebend für den weiteren ökonomischen Erfolg erwiesen hat, es aber andererseits auch abweichende Prioritäten und Zeitmuster bei der Umsetzung von Stabilisierungspolitiken in den einzelnen Ländern gegeben hat. Die Untersuchungsfrage lautete: Inwieweit haben tripartistische Arrangements in den erfolgreich stabilisierenden Ländern dazu beigetragen, die Kontinuität dieser Politik zu sichern, z.B. indem sie sozialem Protest vorgebeugt oder diesen befriedet haben?

Als Untersuchungsgegenstände wurde die Teilgruppe jener Länder genommen, welche die fiskalische Stabilisierung als erste Maßnahme wählten, wobei sie diese zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit unterschiedlicher Konsequenz verfolgten. Die Analyse lieferte folgende Ergebnisse: Ungeachtet des intendiert präventiven Einsatzes des Tripartismus variierte seine Effizienz als Problemlösungsstrategie sowohl zwischen den Ländern als auch zu verschiedenen Zeitpunkten innerhalb der einzelnen Länder. In der Tschechischen Republik funktionierte der Tripartismus zunächst recht gut, wurde dann jedoch als Hindernis betrachtet und stillgelegt. In Polen trug er zur Konfliktbearbeitung bei, wurde aber erst spät in der Reaktion auf akute Probleme eingesetzt. In Slowenien und Estland maß die Regierung dem Tripartismus keine besondere Bedeutung bei. Die verspätete oder unstetige Stabilisierungspolitik in Ungarn, Bulgarien und der Slowakei war nur zum geringsten Teil durch unzureichende Konfliktprävention, in der Hauptsache dagegen durch unzureichende oder zu lange aufgeschobene politische Weichenstellungen zu erklären. Für eine kontinuierliche Stabilisierungspolitik erwiesen sich dagegen weitere Faktoren als relevant: die Persönlichkeit des Premierministers und anderer zentraler Akteure in der Regierung

sowie eine geschickte Verknüpfung der Reformen mit einem übergeordneten gesellschaftlichen Ziel (etwa der Bewahrung der Unabhängigkeit, wie z.B. in Estland und Slowenien). Weitere Faktoren betreffen den Grad der Verpflichtung auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt, die Kontinuität der Politik und das Ausmaß der Protestbereitschaft im Land.

Gleichwohl sind die tripartistischen Institutionen nicht als ineffektiv anzusehen. Sie trugen zum Erhalt bzw. Rückgewinn des sozialen Friedens bei, indem sie den Gewerkschaften Partner und Position in politischen Aushandlungsprozessen verschafften. Das beschleunigte die Etablierung der demokratischen Spielregeln, weil damit auch außerparlamentarische Akteure Gelegenheit zur Adaption an die Verfahren der deliberativen Demokratie erhielten. Der Befund einer relativ geringen Bedeutung des Tripartismus für die Stabilisierungspolitik gilt nur für die erste Hälfte der Dekade. Die Regierungen, die Anstrengungen in Richtung Stabilisierung zu einem späteren Zeitpunkt unternahmen und typischerweise mit einem geringeren Vertrauensgrad der Wählerschaft ausgestattet waren, maßen dem Tripartismus wieder größere Bedeutung bei, indem sie ihn als zusätzliches Instrument der Legitimitätsbeschaffung nutzten.

Diese Befunde veranschaulichen die Bedeutung des Tripartismus als eine prinzipielle Disposition bzw. langfristige Orientierung der Regierung, die in Abhängigkeit von länderspezifischen Traditionen und Bedingungen zur Geltung kommt. In Ländern mit einem konfrontativeren Politikstil und aktiveren Gewerkschaften, wie z.B. in Bulgarien, erwies sich die späte Reform – oder auch Reform der Reform – unter einer sich durch tripartistische Verhandlungen selbst beschränkenden Exekutive als vergleichsweise erfolgreich durchsetzbar. In einem Land wie Estland hingegen war die Intensität und Bereitschaft zu streiken, weniger stark ausgeprägt, weshalb dort institutionalisierte tripartistische Verhandlungen und Konfliktregelungen mit den Gewerkschaften als weniger effektiv wirkten.

Art und Funktionen des Tripartismus in Mittel- und Osteuropa weichen sowohl vom Idealbild des Korporatismus als auch von westlichen Mustern ab. Während für Westeuropa aufgrund der abnehmenden Verpflichtungsfähigkeit der Sozialpartner und dem Wechsel zu kleinräumigen Tarifvereinbarungen ein Niedergang korporatistischer Strukturen festgestellt wird, zeichnen sie sich in Mittel- und Osteuropa durch ein gewisses Beharrungsvermögen aber auch durch andere Leistungen aus. Der Tripartismus half in mehreren Fällen, einen Konsens über von der Regierung ergriffene „harte“ Maßnahmen zu schaffen, welcher die Frist für den Nachweis von Richtigkeit und Legitimität der Reformpolitik über die knapp bemessenen Wahlperioden hinaus verlängerte. Da zudem der Konflikt Arbeit-Kapital im Parteiensystem der jungen Demokratien kaum repräsentiert war, ließ sich diese Dimension der sozialen Beziehungen zumindest in anderen Gremien berücksichtigen. Dabei wird die konkrete Ausprägung des Tripartismus stark vom Verhalten der jeweiligen Regierung geprägt. Der Tripartismus in Mittel- und Osteuropa ist als „Transformations-Korporatismus“ zu bezeichnen, der sowohl soziale Pakte zur Sicherung ökonomischer Reformen ermöglichte als auch eine bestimmte Form der politischen Steuerung für jene Übergangsperiode darstellte, in der parlamentarische Entscheidungsprozesse noch nicht ausreichend berechenbar waren.

Als weiterer Befund zeigte sich die Schwierigkeit, nachholende Reformen mit ausreichender Effektivität durchzuführen. Wurde der Reformzeitpunkt verschoben, fielen die später zu tragenden sozialen Kosten wesentlich höher aus als in Ländern, die frühzeitig stabilisiert haben. Die in Gestalt von höheren Inflationsraten und Budgetdefiziten in Kauf genommenen Nachteile ließen sich zu einem späteren Zeitpunkt nur sehr schwer wieder abbauen. Diese Beobachtung

bestätigt das Vorhandensein eines Gelegenheitsfensters in der ersten Phase der Transition, dessen Nutzung insbesondere für die Stabilisierungspolitik sich auszahlte. Wurden unverzichtbare Reformen dagegen erst zu einem späteren Zeitpunkt implementiert, reichte die über demokratische Wahlen beschaffte Legitimität nicht immer aus und es bedurfte zusätzlicher Instrumente, wie z.B. der Zustimmung tripartistischer Gremien.

Die hier resümierten Ergebnisse wurden auf einer internationalen Konferenz im Juni 2001 vorgestellt. Der Text wurde unter Berücksichtigung der Diskussionsbeiträge überarbeitet und anschließend zur Veröffentlichung in einer englischsprachigen Zeitschrift eingereicht. Er befindet sich noch im Begutachtungsprozess.

Hypothesenset Nr. 2 (bearbeitet vom 01.01.2002 bis 31.05.2003).

Gemäß Projektantrag sieht das *zweite Hypothesenset* vor, die Auswirkung imitativer respektive innovativer Policies (bzw. Methoden oder Institutionen) in der Privatisierung auf die Corporate Governance der Unternehmen zu untersuchen, und zwar unter Berücksichtigung des zeitlichen Verlaufs. Erwartet wurden Ergebnisse, die eindeutige Unterschiede zwischen den Privatisierungsmethoden des Direktverkaufs (verstanden als imitativ, weil von anderen Ländern und Kontexten übernommen) und der sogenannten Kupon- oder Voucherprivatisierung (verstanden als innovativ, weil im Zusammenhang der Transformation entwickelt bzw. erprobt) hinsichtlich der Restrukturierung und effektiven Steuerung (corporate governance) der Unternehmen belegen. Allerdings erwies sich die empirische Definition, Messbarkeit und Erhebung der Variablen „Corporate Governance“ als ausgesprochen schwierig. Es existieren zwar aussagekräftige Surveydaten, die neben anderen Performance-Variablen auch Aussagen über die „corporate governance“ von Unternehmen enthalten und bewerten. Die Daten aus unterschiedlichen Surveys sind jedoch aus methodischen Gründen nicht kommensurabel. Sie konnten folglich nur als Kontrollvariablen verwendet werden. Zum Ausgleich wurden verschiedene Varianten eines selbsterstellten Performanzindikators erprobt.

Da es nicht möglich war, im Rahmen des Projektes eine eigene repräsentative empirische Erhebung der Variablen „corporate governance“ vorzunehmen, wurde der Grad der Unternehmens-Restrukturierung, eine mit der „corporate governance“ inhaltlich eng verwandte Variable, herangezogen. (Im übrigen war der Einfluss der Privatisierungsmethoden auf die Eigentumsstruktur und damit verbundene Verfügungs- und Kontrollprobleme bereits in der wissenschaftlichen Literatur abgedeckt.)

Unter Berücksichtigung der von anderer Seite bereitgestellten Daten und Forschungsergebnisse wurde die Fragestellung dem noch ungedeckten Forschungsbedarf angepasst und auf das länderspezifische Policymuster der Privatisierungspolitik bezogen. Die Untersuchungsgruppe umfasste die Länder Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine und Ungarn. Für die genannten Länder wurde die Sequenz der Privatisierungspolitiken sowie der Wechsel von Konzepten, Methoden und Verteilungsprioritäten untersucht. Ziel war es, anhand der Zeit- und Maßnahmenstruktur der Privatisierungspolitik Erklärungsfaktoren für die unterschiedlich erfolgreiche Restrukturierung der Unternehmen sowie die Entwicklung der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts bzw. allgemein: den Grad der Erneuerung der Volkswirtschaft herauszuarbeiten. Die Palette der zur Erklärung des Resultats der Privatisierung (abhängige Variable) in die Untersuchung aufgenommenen

unabhängigen Variablen umfasst: den Zeitpunkt der Privatisierungsgesetzgebung, die Wahl der Methoden (Direktverkauf, Kuponprivatisierung), die Bestimmung der Privatisierungsphasen (zeitlicher Verlauf) und -institutionen (politische Kompetenzen für die Durchführung der Privatisierung), die Einführung von Privatisierungsagenturen bzw. -fonds, die Bestimmung des dominierenden Privatisierungstyps und seines Begünstigungseffekts (Insider vs. Outsider), die Reihenfolge von Privatisierung und Restrukturierung, den Grad der Orientierung an externen Modellen, die Bestimmung von erklärten Zielen der Privatisierung, die eventuellen Regierungs- und Strategiewechsel im Privatisierungsprozess, den Einfluss von Vetospielern, die Einführung der Agentur oder Programme für die Unternehmensrestrukturierung sowie die Supervision privatisierter Unternehmen. Als Kontrollvariablen wurden Auswertungen wissenschaftlicher Surveys und der selbst erstellte Performanzindikator herangezogen.

Im Ergebnis bestätigt sich der Eindruck erheblicher Unterschiede im Verlauf und Erfolgsgrad der Unternehmensprivatisierung zwischen den untersuchten Ländern. Im Einklang mit den Analysen Dritter ergeben sich als wichtigste Erklärungsfaktoren: (1) der generell positive Einfluss der Privatisierung auf die Performanz der Unternehmen (die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft korreliert positiv mit dem Anteil privatisierter Unternehmen), (2) die Überlegenheit der Privatisierungsmethode des Direktverkaufs an Outsider hinsichtlich der Effizienz der Volkswirtschaft (im Gegensatz zum Übergang von Eigentums- und Kontrollrechten auf Insider durch Management- oder Employee Buy-Outs, aber auch im Vergleich zur Ausübung der Kontrollrechte durch semi-staatliche Agenturen) und (3) die ungünstigen Auswirkungen einer Dominanz von Insidern bei der Privatisierung auf Umfang und wirtschaftlichen Erfolg der Restrukturierung von Unternehmen. Ferner hat sich gezeigt, dass (4) die Form der Organisation für einen schnellen Verlauf des Reformprozesses entscheidend ist. Positive Voraussetzungen sind gegeben, wenn die politischen Kompetenzen der mit der Privatisierung betrauten Institutionen, beispielsweise der in vielen Ländern gegründeten Privatisierungsagentur, eindeutig gesetzlich geregelt und vor allem zentralisiert sind. (5) Die Regierungen, welche die staatlichen Unternehmen schon im ersten Schritt privatisierten, d.h. bevor diese dem notwendigen Restrukturierungsprozess unterworfen wurden, verzeichnen eine relativ günstigere Wirtschaftsentwicklung. Entschieden sich Regierungen für die umgekehrte Reihenfolge, d.h. den Versuch, die Unternehmen vor der Privatisierung zu restrukturieren, verzögerte das den Reformprozess nachhaltig. (6) Die Frühstarter der Wirtschaftsreformen sind erfolgreicher als die Nachzügler. Die Länder, die ihre Unternehmensprivatisierung früh und schnell abschlossen, sind ebenfalls die erfolgreicheren. Sie haben dabei (7) weniger häufig ihre Reformstrategie gewechselt. Häufiger Wechsel steht im Privatisierungskontext tendenziell für eine Erschwernis der Reform. Als besonders erfolgreich erwiesen sich Tschechien, Estland und Lettland; erfolgreich, aber auch durch Reformhindernisse belastet sind Ungarn, Polen, die Slowakei, Litauen und Slowenien; eine unvollendete (und folglich weniger erfolgreiche) Reform unternahmen Bulgarien, Rumänien, Russland und die Ukraine. Hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Wirkungen erwies sich die „imitative“ Privatisierungsmethode des Direktverkaufs von Unternehmen als der „innovativen“ Methode der Kupon- und Voucherprivatisierung überlegen.

Das Untersuchungsergebnis ist in einem Arbeitspapier dokumentiert.

Hypothesenset Nr. 3 (bearbeitet vom 01.06.2002-17.01.2004).

Das *dritte Hypothesenset* betrifft den Zusammenhang zwischen den Erfolgchancen imitativer respektive innovativer Strategiewahlen und der Ausgestaltung des politischen Systems, genauer: dem Effekt starker respektive schwacher Beschränkungen der Exekutive. Die Fragestellung wurde an einem Sample von Fällen der Sozialreform in Mittel- und Osteuropa untersucht, deren Hintergrund die folgende Beobachtung bildet: Die Transformationsländer weisen hinsichtlich der Reform der Sozialversicherungssysteme eine große Varianz auf, wobei sich Erfolge in der Umsetzung dieser Vorhaben als relativ unabhängig vom Stand der sonstigen Wirtschaftstransformation zeigen. (So bildeten Lettland, Polen und Ungarn die Vorreiter in der Rentenreform und stellten ihre Systeme bis 1999 auf ein Drei-Säulen-Modell um, während in Slowenien und Tschechien das umlagefinanzierte Modell beibehalten wurde.)

Zur Erklärung dieser Unterschiede in der Reorganisation der Sozialversicherungen finden sich in der Literatur verschiedene Ansätze: Entweder wird die Rolle internationaler Akteure wie der Weltbank als zentral angesehen, das jeweilige Gewicht von Finanz- und Sozialministerium oder die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung. Im Rahmen der Projektarbeit wurde dagegen unter Rückgriff auf die Veto-Spieler-Theorie geprüft, ob die Herstellung eines breiten Reformkonsenses unter Einschluss von Interessengruppen eine die Reformen ermöglichende Beschränkung der Exekutive darstellte oder die Chancen der Regierung verringerte, das Reformvorhaben verlustarm durchzuführen.

Vor der Bearbeitung dieser Fragestellung musste zunächst die Definition der Variablen „imitativ“ und „innovativ“ dem Forschungskontext angepasst werden. Da im Zuge der Rentenreform entweder von der Weltbank propagierte Modelle übernommen (zum Teil detailgetreu, zum Teil anders kombiniert oder mit innovativen Elementen versehen) und damit im Länderkontext neu eingeführt oder „alte“ Modelle rationalisiert und systemimmanent angepasst wurden, erschien es zweckmäßig, die gegensätzlichen Modelle besser als einerseits „imitativ-innovativ“ und andererseits „konservativ“ zu bezeichnen. Im übrigen ließ sich der Erfolg der Sozialreformen nicht allein an ökonomischen Daten messen, zumal die wirtschaftlichen Auswirkungen der Reformen (Finanzierungsaufwand und Verteilungseffekte) erst nach einigen Jahren oder Jahrzehnten sichtbar werden, wenn ein größerer Anteil von Rentnern Zahlungen gemäß dem neuen Modell erhält und ggf. im erwarteten Maße Rücklagen in privaten Fonds angesammelt wurden, so dass eine angestrebte Entlastung des Staatshaushalts auch tatsächlich erfolgte. In Anbetracht dieser Probleme der Erfolgsmessung beschränkt sich die Untersuchung auf die Feststellung, ob und in welcher Variante eine Reform des Rentensystems zustande gekommen ist.

Es wurden zwei Teilstudien mit unterschiedlich gelagerten Fragestellungen erstellt. Zunächst wurde für die vier mitteleuropäischen Länder Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei (die Auswahl war durch den Themenzuschnitt von zwei Konferenzen bedingt, zu denen Beiträge eingereicht wurden) der Frage nachgegangen, inwiefern der unterschiedliche Zeitpunkt und Inhalt der Reform der Renten- und Krankenversicherungen durch einen unterschiedlichen Beschränkungsgrad der Exekutive erklärt werden kann. Im zweiten Schritt wurden diese Ergebnisse, konzentriert auf die Rentenversicherung (die sich als das Forschungsfeld mit der aufschlussreicheren Datenvarianz erwies) und auf der Basis eines größeren Ländersamples (mit Slowenien und den baltischen Staaten) zur Beantwortung der Frage ausgewertet, welcher Zusammenhang zwischen dem von der Regierung gewählten Modus des Entscheidens (inklusive oder exklusiv) und dem gewählten Reformmodell (imitativ-innovativ oder konservativ) besteht.

Die Befunde der Analyse bestätigen die Relevanz politisch-institutioneller Faktoren sowie die Bedeutung der Steuerungskompetenz des Regierungschefs. Andere Faktoren wie verschieden starke Reformzwänge oder Transitionskosten sowie die Verknüpfung mit anderen Reformen waren nur wenig bzw. bedingt wirksam. Auch die Rolle der Weltbank, die zwar in jedem Land in irgendeiner Phase des Entwurfs- oder Entscheidungsprozesses beratend tätig war und modellgebend zugunsten des Drei-Säulen-Systems wirkte, erwies sich nicht als entscheidender Faktor für die Erklärung unterschiedlicher Reformergebnisse.

In keinem Land war eine spezifische Struktur der konstitutionellen Veto-Punkte eine maßgebliche Ursache für den (frühen oder späten) Zeitpunkt der Reformen. Auch der Verschiedenheit der nationalen Veto-Spieler und ihrer Position gegenüber den unterschiedlich stark ausgeprägten Kompetenzen der politischen Institutionen kommt wenig Einfluss zu. (Einzig in Ungarn haben weitreichende Kompetenzen des Verfassungsgerichts präventive Wirkungen gezeigt und zur Verschiebung des Inkrafttretens des neuen Gesetzes gesorgt.) Allerdings kommt den parteipolitischen Veto-Spielern ein gewisser Erklärungswert zu. Die Initiative für eine Reform des Rentensystems setzte in allen Ländern nach Parlamentswahlen oder Regierungsumbildungen ein, d.h. als sich die Exekutive mit einem (er)neu(erte)n Mandat ausgestattet sah. Reformverlauf und Reformdauer gestaltete sich aber recht unterschiedlich, was teilweise an einer gegenseitigen Blockade der Initiativakteure, aber auch an unterschiedlich detailliert ausgestalteten Gesetzentwürfen lag. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung verfügten alle Regierungen über eine parlamentarische Mehrheit; es waren Alleinregierungen oder Koalitionen mit wenigen Partnern. Soweit Reformbemühungen erst „spät“ einsetzen oder erfolglos blieben, war das nicht dem Fehlen einer parlamentarischen Mehrheit zuzuschreiben.

Korporatistische Akteure konnten das Ergebnis der Reformen deutlicher beeinflussen als Initiativ-Akteure oder institutionelle Veto-Spieler. Je nach Versicherungstypus waren unterschiedliche Rollen der Interessenverbände zu beobachten. So wurde die Rentenreform von Interessengruppen seltener initiiert als blockiert, wohingegen die Krankenversicherungsreform vor allem von Ärzteverbänden vorantrieben wurde. Zum anderen bedingte der Zeitpunkt der Reformen die Rolle von Interessengruppen bei der Formulierung und Gestaltung von Policy-Wandel. Ließen sich „frühe“ Reformen ohne Abstimmung mit Interessengruppen oder parlamentarischer Opposition zügig durchsetzen, so zeigten sich die Interessen der beteiligten Akteure bei späteren Reformen schon deutlich verfestigt. Zudem war die Anzahl der beteiligten Akteure bei der Rentenreform größer und die Kohärenz zwischen ihnen geringer ausgeprägt.

Die Regierungen verwendeten besondere Strategien, um eine drohende Blockade abzuwenden. Dazu dienten insbesondere inklusive Verhandlungsstrategien und Gespräche mit den Gewerkschaften im tripartistischen Rat (so in Polen und Ungarn); Fachkommissionen unter Beteiligung von Experten und Vertretern der Exekutive (so in Lettland und Estland). In den Fällen konservativer Reformen (in Tschechien, Slowenien und Litauen) beteiligte die Regierung zwar Gewerkschaften an der Debatte über die Rentenreform, ohne ihnen jedoch Gehör bei der Wahl des Reformkonzepts zu schenken. Der Regierungsentwurf scheiterte schließlich am Widerspruch der Gewerkschaften in der Entwurfs- (Slowenien) bzw. Entscheidungsphase (Litauen). Allein in einem Fall (Tschechien) hatte die Regierung tatsächlich eine „konservative“ Reform der Art angestrebt, wie sie schließlich zu Stande kam.

In Ländern mit imitativ-innovativen Reformen im Bereich der Sozialversicherungen stellte der parlamentarische Entscheidungsprozess eine untergeordnete Verhandlungsarena dar, obwohl die

Gesetzgebungsinitiative der Parteien insgesamt als relativ groß zu bezeichnen ist. Die Ursache des Vorrangs der Exekutive sind in spezifischen politischen Konstellationen zu suchen: In Polen und Ungarn wurden die Reformen von postsozialistische Parteien betrieben, die den tripartistischen Rat nutzen, um sich mit den Gewerkschaften zu einigen. In Lettland und Estland stellten die Regierungen den Reformkonsens ebenfalls im Vorfeld her, da sie sich der Gefolgschaft der Regierungsfractionen im Parlament nicht sicher waren. Auch mangelte es den Parlamenten noch an konsolidierten Kontakten zu den verschiedenen Interessengruppen, was letztere veranlasste, ihre Anliegen direkt an die Ministerien zu adressieren.

Soweit Veto-Spieler auf den Reformprozess Einfluss nahmen, handelte es sich keineswegs um jene, die in der auf Westeuropa und Nordamerika bezogenen Forschung Bedeutung erlangten. Um die Relevanz politisch-institutioneller Konstellationen adäquat einschätzen zu können, sind auch außer-parlamentarische Arenen als Wirkungsfeld von Veto-Spielern in den Blick zu nehmen. Des Weiteren zeigen die Befunde, dass die intermediären Strukturen in den mittelosteuropäischen Ländern keine Blackbox mehr darstellen, sondern Interessengruppen inzwischen ein Mobilisierungspotential aufweisen, das die Regierungen bei der Strategiewahl zu berücksichtigen haben, wenn sie ihre Entscheidungen erfolgreich durchsetzen wollen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung wurden auf mehreren Tagungen bzw. in Colloquien vorgestellt und sind bzw. werden in einer Konferenzdokumentation sowie einem Sammelband veröffentlicht. Ein weiteres Manuskript ist zur Einreichung bei einer deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Zeitschrift vorgesehen.

4. Einordnung der Projektergebnisse in den weiteren Forschungsstand zum Thema

Die im Rahmen der Projektarbeit gewonnenen Erkenntnisse tragen v.a. zur Vertiefung des Wissens hinsichtlich des Einflusses meso- und mikropolitische Variablen der Reformpolitik auf die Qualität der Reformresultate bei. Es wurden spezifizierte Einsichten erlangt hinsichtlich der Zusammensetzung von Reformkoalitionen (politics-Dimension), der zeitlichen und sachlichen Struktur von Reformprogrammen (policy-Dimension) sowie der Interaktion zwischen institutionellen Akteuren des politischen Systems und Repräsentanten gesellschaftlicher Interessen (polity-Dimension). In allen drei Dimensionen ließen sich die Voraussetzungen von mehr oder weniger erfolgreichen Programmen der institutionellen Transformation aufzeigen.

Damit unterscheiden sich die Projektbefunde deutlich von zwei Linien der Transformationsforschung: einerseits jener Forschungsrichtung, deren Vertreter die Möglichkeit rascher und tiefgreifender Reformen in Abrede stellen und die Überlegenheit eines zeitlich ausgedehnten, gradualistischen Vorgehens behaupten; andererseits jener auch der Transformationsforschung als Referenzpunkt dienenden Reformdoktrin, die auf dem unbedingten Vorrang von Liberalisierungs- und Stabilisierungspolitiken besteht und die Probleme der demokratischen Regierungsbildung und Konsensbeschaffung tendenziell ignoriert.

Die hier dokumentierten Forschungsergebnisse tragen somit dazu bei, den Stellenwert und die Varianz der politischen Entscheidungsproduktion im Reformprozess aufzuhellen und die prinzipielle Möglichkeit einer erfolgreichen kontext- und problembewussten Steuerung komplexer Reformen zu belegen.

5. Stellungnahme zur wirtschaftlichen Verwertbarkeit

Die Forschungsergebnisse finden ihren Niederschlag in den unten aufgeführten Beiträgen zu Konferenzberichten, Sammelbänden und Zeitschriften. Die Förderung eines Anschlussprojektes wurde nicht beantragt.

Eine wirtschaftliche Verwertbarkeit der Ergebnisse in Form marktfähiger Güter ist aufgrund der freien Zugänglichkeit publizierter wissenschaftlicher Ergebnisse nicht gegeben. Indirekter volkswirtschaftlicher Nutzen ist aufgrund der prinzipiellen Eignung der Befunde für die akademische Politikberatung anzunehmen.

Personalstand 01.06.2002-31.05.2003:

Dr. Claudia-Yvette Matthes (Wissenschaftliche Mitarbeiterin)
Dipl.-Soz. Peggy Terletzki, geb. Thode (Wissenschaftliche Mitarbeiterin)
Daniela Mieritz (Studentische Hilfskraft)

Personalstand 01.06.2003-17.01.2004:

Dr. Claudia-Yvette Matthes (Wissenschaftliche Mitarbeiterin)

Projektleitung:

Prof. Dr. Helmut Wiesenthal

Vorträge und Konferenzpapiere der Projektmitarbeiter

(kleingedruckt: die entsprechenden Daten des Zwischenberichts für den Zeitraum vom 01.06.2000-31.05.2002)

Claudia-Yvette Matthes

“Die Reform der Sozialversicherungssysteme in den Staaten Mittel- und Osteuropas“, „Ost-seegespräche“ der Forschungsgruppe Nordeuropäische Politik (FOR:N) e.V., Berlin, am 11.06.02

“Die Reform der Sozialversicherungssysteme in Mittel- und Osteuropa – Zur Relevanz politisch-institutioneller Faktoren für Zeitpunkt und Inhalt der Reformen“. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig: Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Sektion Ost- und Mittelosteuropa-Soziologie, am 08.10.02

“Der Zusammenhang zwischen politisch-institutionellen Konstellationen und policy-outcomes im Bereich der Sozialversicherungssysteme in Ostmitteleuropa“. Tagung des Arbeitskreises „Systemwechsel“ der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DVPW), Berlin, 12.-13.12.02

“Rentenreform in Mittel- und Osteuropa – Bedingungen für erfolgreiches Regierungshandeln“. Transformationscolloquium des Frankfurter Instituts für Transformationsstudien (FIT), Frankfurt/Oder, am 30.10.03.

„Polnische Präsidentschaftswahlen 2000 - Das Amt des Staatspräsidenten in Verfassung und politischer Praxis“. Vortrag bei der Forschungsgruppe Nordeuropäische Politik (FOR:N) e.V., am 11.07.00.

“The Economic Foundations of Civil Society – Some Empirical Evidence from Newly Democratised Countries in the Baltic Sea Region“. Vortrag auf der Tagung „Civil Society in the Baltic Sea Region“, Universität Greifswald, 31.08.-02.09.01.

Claudia-Yvette Matthes und Peggy Terletzki (geb.Thode)

“Determinanten erfolgreicher Stabilisierungspolitik – politisches Management mittel- und osteuropäischer Regierungen im Vergleich“. Transformationscolloquium des Frankfurter Instituts für Transformationsstudien (FIT), Frankfurt/Oder, am 14.06.01.

“Assessing the Impact of Veto-Players and Political Skills on the Outcomes of Economic Reforms in Central European Countries“. 13. Jahrestagung der “Society for the Advancement of Socio-Economics“ (SASE), Amsterdam, 28.06.-01.07.01.

Helmut Wiesenthal

“Weder tollkühn noch pfadbestimmt – Transformationspolitik im Lichte der empirischen Forschung“, Vortrag im Kolloquium „Transformation und Sozialwissenschaften: Paradigmen, Lerneffekte, Erfahrungen“ des Brandenburg-Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien, BISS e.V., am 22.06.2000 an der Humboldt-Universität zu Berlin.

„Politische Institutionen als Gegenstand der Transformationsforschung“, Vortrag an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Pädagogischen Hochschule Erfurt am 06.10.2000.

„Politics against Theory: On the theoretical consequences of successful large-scale reforms in Postcommunist Europe“, Vortrag auf der 13. Jahrestagung der „Society for the Advancement of Socio-Economics“ (SASE) in Amsterdam, 28.06.-01.07.01.

“Sozialtheoretische Erträge der Transformationsforschung“, Vortrag am Sonderforschungsbereich 186 und am Institut für empirische und angewandte Soziologie der Universität Bremen am 04.07.2001.

„Politics against Theory: On the possibility of large-scale reforms“, Fellow Lecture am Hanse Wissenschaftskolleg, Delmenhorst, am 25.07.2001.

“Die Rolle der Zivilgesellschaft“, Vortrag im Internationalen Symposium “Den Wandel gestalten - Strategien der Transformation“ der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, am 11.09.2001.

„Systemwechsel als sozialwissenschaftlicher Großversuch“, Festvortrag zur Eröffnungsveranstaltung des Sonderforschungsbereichs 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 12.11.2001.

Helmut Wiesenthal und Peggy Terletzki (geb. Thode)

“The Opportunity Structure of Large-Scale Reforms: Good News from Post-Communist Central Europe“. Paper presented at the panel “Great Policy Issues in the 21st Century” organized by the Policy Studies Organization at the 98th Annual Meeting of the American Political Science Association (APSA), Boston, 29.08.- 01.09.02

Publikationen und Arbeitspapiere der Projektmitarbeiter

Claudia-Yvette Matthes

- > “Die Reform der Sozialversicherungssysteme in Mittel- und Osteuropa – Zur Relevanz politisch-institutioneller Faktoren für Zeitpunkt und Inhalt der Reformen“, in: Allmendinger, Jutta (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. 2 Bände + CD-ROM. Opladen 2003, beiliegende CD-Rom.
- > “The Economic Foundations of Civil Society – Some Empirical Evidence from New Democracies in the Baltic Sea Region”, in: Norbert Götz und Jörg Hackmann (eds.): Civil Society in the Baltic Sea Region, Aldershot: Ashgate, 2003, S. 83-94.
- > “Die Reform der Kranken- und Rentenversicherung in Ostmitteleuropa – Policy-outcomes und politisch-institutionelle Konstellationen“, in: Aurel Croissant, Gero Erdmann und Friedbert W. Rüb (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Politiken in jungen Demokratien, Opladen, i.E.
- > “Veto-Spieler und Veto-Punkte als Kriterien zur Analyse von Regierungssystemen“. Eine Literaturanalyse, internes Papier, Projekt Transformationssteuerung 2000.
- > „Polen – Vom personalisierten zum rationalisierten Parlamentarismus“, in: Susanne Kraatz und Silvia von Steinsdorff (Hrsg.): Parlamente und Systemwechsel im postsozialistischen Europa, Opladen 2002, S. 87-109.
- > “Das politische System Polens“, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002 (1. Aufl.), S. 185-237 (zus. mit Klaus Ziemer), 2. Aufl. i.E.

Claudia-Yvette Matthes und Peggy Terletzki (geb. Thode)

- > “Time Dependence and Self-Imposed Executive Constraints – Tripartite Bargaining and its Impact on Stabilisation Policy”, eingereicht bei The Journal of Policy Reform.

Peggy Terletzki (geb. Thode)

- > “Unternehmensförderung im Prozess der Wirtschaftstransformation“. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung, Wiesbaden 2001: Westdeutscher Verlag, S. 246-259.

Helmut Wiesenthal

- > "Politics Against Theory: On the Theoretical Consequences of Successful Large-Scale Reforms in Postcommunist Europe", in: Perspectives on European Politics and Society, 3 (2002), 1-22.
- > „Reformakteure in der Konjunkturfalle - Zur gegenläufigen Entwicklung von theoretischem ‚Wissen‘ und praktischem Wollen“, in: Frank Nullmeier und Thomas Saretzki (Hg.), Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien. Frankfurt/New York 2002: Campus Verlag, 57-83.
- > „Systemwechsel als sozialwissenschaftlicher Großversuch. Zum Erkenntniswert der Transformationsforschung“, in: SFB 580-Mitteilungen (hg. vom Sonderforschungsbereich 580 "Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch - Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung" der Universitäten Jena und Halle), Heft 1, Mai 2002, 15-24.
- > „Konjunkturen des Machbaren - Beobachtungen auf der Fährte der rationalitätskritischen Theorie“, in: Armin Nassehi und Markus Schroer (Hg.): Der Begriff des Politischen. Soziale Welt Sonderband 14. Baden-Baden 2003: Nomos, 519-537.
- > „Beyond Incrementalism: Sozialpolitische Basisinnovationen im Lichte der politiktheoretischen Skepsis“, in: Renate Mayntz und Wolfgang Streeck (Hg.): Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden. Festschrift für Fritz W. Scharpf. Frankfurt/New York 2003: Campus Verlag, 31-70.

- > „Weder tollkühn noch pfadbestimmt - Transformationspolitik im Lichte der empirischen Forschung“, BISS Public 30 (2000), 31-45.
- > „Die politische Organisation des Unwahrscheinlichen. Sozialtheoretische Lehren der Transition vom Sozialismus“, in: Karl Hinrichs, Herbert Kitschelt und Helmut Wiesenthal (Hg.): Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften. Frankfurt/New York 2000: Campus Verlag, 189-217.
- > „Einleitung: Systemtransformation als Theorientest. In: Helmut Wiesenthal (Hg.): Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung“, Wiesbaden (2001): Westdeutscher Verlag, 9-31.
- > „Materiale und theoretische Befunde der vergleichenden Transformationsforschung“, in: Helmut Wiesenthal (Hg.): Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung. Wiesbaden (2001): Westdeutscher Verlag, 214-230.
- > "Introduction: Postcommunism as an Example of Successful Large-Scale Reform", in: Jürgen Beyer, Jan Wielgohs und Helmut Wiesenthal, (Hg.): Successful Transitions. Political Factors of Socio-Economic Progress in Post-socialist Countries. Baden-Baden (2001): Nomos Verlagsgesellschaft, 7-22 (mit Jürgen Beyer und Jan Wielgohs).
- > „A Paradigm Destroyed. On the Opportunity of Revising Theories of Institutional Transformation“, in: Waltraud Schelkle, Wolf-Hagen Krauth, Martin Kohli und Georg Elwert (Hg.): Paradigms of Social Change. Modernization, Development, Transformation, Evolution. Frankfurt/New York (2001): Campus, St. Martin's Press, 145-165.
